

## **Mayr: ÖGB-Wunsch nach Arbeitszeitverkürzung würde Budget sprengen**

Utl.: Wirtschaft lehnt Forderungen nach Urlaubsverlängerungen  
und 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich strikt ab =

Wien (PWK) - "ÖGB, Grüne und Sozialministerium ziehen wieder einmal völlig falsche Schlußfolgerungen aus der Tatsache, daß verstärkt Überstunden geleistet werden." Martin Mayr, Leiter der Sozialpolitischen Abteilung der Wirtschaftskammer Österreich, kritisiert, daß die ÖGB-Spitzen Verzetnitsch und Sallmutter mit der Forderung nach einer generellen Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Betriebe ebenso schädigen wie der Grün-Abgeordnete Öllinger, der eine massive Urlaubsverlängerung verlangt." \*\*\*\*

Eine generelle Arbeitszeitverkürzung würde aber nicht nur die österreichischen Betriebe belasten, sondern auch die öffentlichen Haushalte destabilisieren. Mayr: "Ich glaube nicht, daß Finanzminister Edlinger, der zu recht auf ein stabiles Budget großen Wert legt, ein Freund von Arbeitszeitverkürzung bei den Beamten ist. Denn das würde den Bundeshaushalt ebenso sprengen wie viele Firmenbilanzen."

In Richtung Grüne merkt Martin Mayr an, daß die durchschnittliche Jahresarbeitszeit in Österreich mit rund 1.700 Stunden schon jetzt deutlich geringer ist, als etwa in der Schweiz, in den USA, in Japan, Großbritannien, Italien und Frankreich. Bei der Dauer des Mindesturlaubs hingegen liege Österreich international bereits an der Spitze. Mayr: "Die Forderung der Grünen nach einer drastischen Urlaubsverlängerung ist nicht akzeptabel und nicht finanzierbar."

Statt dessen, so Mayr, müsse die Arbeitszeitflexibilisierung weiter vorangetrieben werden.

Als "statistische Täuschung" bezeichnet Mayr Berechnungen des Sozialministeriums, wonach 50.000 neue Jobs durch einen drastischen Überstundenabbau geschaffen werden könnten. Mayr: "Eine Umwandlung von Überstunden in neue Arbeitsplätze spießt sich an folgenden praktischen Problemen: Vor allem hochqualifizierte Mitarbeiter leisten die meisten Überstunden. In diesem Bereich ist der Arbeitsmarkt ausgeschöpft. Durch die kleingewerbliche Struktur

unserer Wirtschaft lassen sich Überstunden, die eher unregelmäßig anfallen, nicht einfach in fixe zusätzliche Arbeitsplätze umrechnen und überdies greifen Arbeitgeber auch deshalb lieber zum Instrument der Überstunde, da zusätzliche Beschäftigte nicht nur zusätzliche Bürokratie, sondern auch zusätzliche Lohnnebenkosten verursachen."

Mayr ist aber auch überzeugt, daß die Arbeitnehmer selbst sehr häufig wegen des Zusatzeinkommens aus Überstunden oder der zusätzlichen Freizeit an der Leistung von Überstunden interessiert sind: "Es stellt sich daher die Frage, ob der ÖGB mit seiner Forderung nach Abschaffung von Überstunden bei den Interessen der Arbeitnehmer richtig liegt."

(Schluß) RH

Rückfragehinweis: Wirtschaftskammer Österreich

Presseabteilung

Tel: 50105/DW 4359

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*

OTS0125 1999-07-27/13:08

271308 Jul 99

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_19990727\\_OTS0125](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19990727_OTS0125)